

<https://www.technocracy.news/russias-cyber-gulag-tracking-and-controlling-citizens/>

Der Cyber-Gulag: Wie Russland seine Bürger verfolgt, zensiert und kontrolliert



AP Photo/Alexander Zemlianichenko

POSTED BY: DASHA LITVINOVA VIA AP MAY 23, 2023

TALLINN, Estland (AP)

Wenn **Yekaterina Maksimova** es sich nicht leisten kann, zu spät zu kommen, meidet die Journalistin und Aktivistin die Moskauer U-Bahn, obwohl sie wahrscheinlich die effizienteste Route wäre.

Das liegt daran, dass sie im letzten Jahr fünfmal festgenommen wurde, dank der allgegenwärtigen Sicherheitskameras mit Gesichtserkennung im System. Die Polizei würde ihr sagen, die Kameras hätten "**auf sie reagiert**" – obwohl sie oft nicht zu verstehen schienen, warum, und sie nach einigen Stunden wieder freilassen würden.

"Es scheint, als ob ich in einer Art Datenbank bin", sagt Maksimova, die zuvor zweimal verhaftet wurde: 2019 nach ihrer Teilnahme an einer Demonstration in Moskau und 2020 wegen ihres Umweltaktivismus.

Für viele Russen wie sie wird es immer schwieriger, der Überwachung der Behörden zu entgehen. **Die Regierung überwacht aktiv die Social-Media-Konten und nutzt Überwachungskameras gegen Aktivisten.**

Selbst eine Online-Plattform, die einmal von den Nutzern für ihre einfache Handhabung bürokratischer Aufgaben gelobt wurde, wird als Kontrollinstrument verwendet: Die Behörden planen, sie zu nutzen, um Einberufungspapiere für den Militärdienst zuzustellen und so eine beliebte Taktik der Wehrdienstverweigerer zu vereiteln, indem sie die Papiere persönlich entgegennehmen.

Menschenrechtsaktivisten sagen, dass Russland unter Präsident Wladimir Putin die digitale Technologie genutzt hat, um die Bevölkerung zu überwachen, zu zensieren und zu kontrollieren und damit das aufgebaut hat, was einige als "digitales Gulag" bezeichnen – eine düstere Anspielung auf die Arbeitslager, in denen politische Gefangene zu sowjetischen Zeiten festgehalten wurden.

Es ist Neuland, selbst für ein Land mit langer Geschichte der Überwachung seiner Bürger.

"Der Kreml hat tatsächlich von der Digitalisierung profitiert und nutzt alle Möglichkeiten für staatliche Propaganda, zur Überwachung der Menschen, zur Entanonymisierung von Internetnutzern", sagt Sarkis Darbinyan, Leiter der Rechtspraxis bei Roskomsvoboda, einer russischen Internetfreiheitsgruppe, die vom Kreml als "**ausländischer Agent**" betrachtet wird.

ZUNEHMENDE ONLINE-ZENSUR UND STRAFVERFOLGUNGEN

Die scheinbare Gleichgültigkeit des Kremls gegenüber der digitalen Überwachung scheint sich nach den Massenprotesten von 2011-12 geändert zu haben, die online koordiniert wurden und die Behörden dazu veranlassten, die Internetkontrollen zu verschärfen.

Einige Vorschriften erlaubten es ihnen, Websites zu blockieren; andere verlangten, dass Mobilfunkbetreiber und Internetanbieter Anrufdaten und Nachrichten speichern und die Informationen bei Bedarf mit den Sicherheitsbehörden teilen. Die Behörden drängten Unternehmen wie **Google, Apple** und **Facebook** dazu, Benutzerdaten auf russischen Servern zu speichern, erfolglos, und kündigten Pläne zum Aufbau eines *"souveränen Internets"* an, das vom Rest der Welt abgeschnitten werden könnte.

Viele Experten haben diese Bemühungen zunächst als aussichtslos abgetan, und einige scheinen immer noch wirkungslos zu sein. Russlands Maßnahmen könnten *im Vergleich zur "Großen Firewall" Chinas* einem Lattenzaun gleichkommen, aber die Online-Unterdrückung des Kremls gewinnt an Fahrt.

Nachdem Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist, erreichte die Online-Zensur und die Strafverfolgung von Beiträgen und Kommentaren in den sozialen Medien ein derart hohes Niveau, dass alle bestehenden Rekorde gebrochen wurden.

Laut Net Freedoms, einer prominenten Internetrechtsgruppe, wurden im Jahr 2022 mehr als 610.000 Webseiten von den Behörden blockiert oder entfernt – die höchste jährliche Gesamtzahl in 15 Jahren – und 779 Personen wurden wegen Online-Kommentaren und -Beiträgen strafrechtlich verfolgt, ebenfalls ein Rekord.

Ein wesentlicher Faktor war ein Gesetz, das eine Woche nach der Invasion verabschiedet wurde und Anti-Kriegs-Gesinnung effektiv kriminalisiert, sagte **Damir Gainutdinov, Leiter von Net Freedoms**. Es verbietet das *"Verbreiten falscher Informationen" über oder "Herabsetzen" der Armee*.

Human Rights Watch zitierte ein weiteres Gesetz von 2022, das den Behörden ermöglichte, *"Massenmedien außergerichtlich zu schließen und Online-Inhalte zu blockieren, die 'falsche Informationen' über das Verhalten der russischen Streitkräfte oder anderer staatlicher Organe im Ausland verbreiten oder zu Sanktionen gegen Russland aufrufen."*

NUTZER SOZIALER MEDIEN SOLLTEN SICH NICHT SICHER FÜHLEN

Die 2014 verabschiedeten strengeren Anti-Extremismus-Gesetze zielten auf Nutzer sozialer Medien und Online-Reden ab und führten zu Hunderten von Strafverfahren wegen *Posts, Likes und Shares*. Die meisten betrafen Nutzer der beliebten russischen **Social-Media-Plattform V-Kontakte**, die Berichten zufolge mit den Behörden kooperiert.

Als die Razzia ausgeweitet wurde, nahmen die Behörden auch Facebook, Twitter, Instagram und Telegram ins Visier. Etwa eine Woche nach der Invasion wurden Facebook, Instagram und Twitter in Russland gesperrt, doch die Nutzer dieser Plattformen wurden weiterhin strafrechtlich verfolgt.

Marina Novikova, 65, wurde diesen Monat in der sibirischen Stadt Sewersk wegen "Verbreitung falscher Informationen" über die Armee verurteilt, weil sie in Telegram Beiträge gegen den Krieg gepostet hatte, und zu einer Geldstrafe von umgerechnet mehr als 12.400 Dollar verurteilt.

Ein Moskauer Gericht verurteilte letzte Woche den Oppositionsaktivisten **Michail Kriger** zu sieben Jahren Gefängnis, weil er in einem Facebook-Kommentar den Wunsch geäußert hatte, Putin "zu hängen".

Die bekannte Bloggerin Nika Belotserkovskaya, die in Frankreich lebt, wurde in Abwesenheit zu neun Jahren Haft verurteilt, weil sie auf Instagram Beiträge über den Krieg gepostet hatte, die nach Ansicht der Behörden "Fälschungen" über die Armee verbreiteten.

"Die Nutzer sozialer Medienplattformen sollten sich nicht sicher fühlen", sagte Gainutdinov.

Menschenrechtsaktivisten befürchten, dass die Online-Zensur mit Hilfe von Systemen der künstlichen Intelligenz, die soziale Medien und Websites auf als illegal erachtete Inhalte überwachen, drastisch ausgeweitet werden könnte.

Im Februar kündigte die staatliche Medienaufsichtsbehörde Roskommadsor die Einführung von Oculus an - einem KI-System, das in Online-Fotos und -Videos nach verbotenen Inhalten sucht und mehr als 200 000 Bilder pro Tag analysieren kann, verglichen mit etwa 200 Bildern pro Tag, die von Menschen

bearbeitet werden. Zwei weitere in Arbeit befindliche KI- Systeme werden Textmaterial durchsuchen.

Im Februar (2023) zitierte die Zeitung Wedomosti einen nicht identifizierten Roskomnadsor- Beamten, der sich über die *"beispiellose Menge und Geschwindigkeit der Verbreitung von Fälschungen"* über den Krieg beklagte. Der Beamte nannte auch extremistische Äußerungen, Aufrufe zu Protesten und *"LGBT- Propaganda"* als verbotene Inhalte, die das neue System erkennen wird.

Aktivisten sagen, es sei schwer zu sagen, ob die neuen Systeme funktionieren und wie wirksam sie sind. **Darbinyan** von der Gruppe für Internetfreiheit bezeichnete dies als *"schreckliches Zeug"*, das zu *"mehr Zensur"* führe, wobei völlig unklar sei, wie die Systeme funktionieren und reguliert werden sollen.

Die Behörden könnten auch an einem System von Bots arbeiten, die Informationen von Social-Media-Seiten, Messenger-Apps und geschlossenen Online-Communities sammeln, so die belarussische Haktivistengruppe Cyberpartisans, die Dokumente einer Tochtergesellschaft von Roskomnadzor erhalten hat.

Die Koordinatorin von Cyberpartisans, Yuliana Shametavets, erklärte gegenüber AP, dass die Bots voraussichtlich russischsprachige Social-Media-Gruppen zum Zwecke der Überwachung und Propaganda infiltrieren werden.

"Es ist üblich, über die Russen zu lachen und zu sagen, dass sie alte Waffen haben und nicht wissen, wie man kämpft, aber der Kreml ist großartig in Desinformationskampagnen und es gibt hochkarätige IT-Experten, die extrem effektive und sehr gefährliche Produkte entwickeln", sagte sie.

Staatliche Regulierungsbehörde Roskomn

„Im Jahr 2022 weiteten die russischen Behörden ihre Kontrolle über die biometrischen Daten der Menschen aus, indem sie unter anderem solche Daten von Banken sammelten und Gesichtserkennungstechnologie zur Überwachung und Verfolgung von Aktivisten einsetzten", berichtete **Human Rights Watch** dieses Jahr.

Maksimova, die Aktivistin, die immer wieder in der U-Bahn angehalten wird,

hat gegen die Festnahmen geklagt, aber verloren. Die Behörden argumentierten, dass die Polizei aufgrund ihrer früheren Verhaftungen das Recht habe, sie für ein "warnendes Gespräch" festzuhalten, in dem die Beamten die "moralische und rechtliche Verantwortung" eines Bürgers erklären.

Maksimova sagt, die Beamten hätten sich geweigert zu erklären, warum sie in ihren Überwachungsdatenbanken gespeichert sei, und dies als Staatsgeheimnis bezeichnet. Sie und ihr Anwalt haben gegen das Gerichtsurteil Berufung eingelegt.

In Moskau gibt es 250.000 Überwachungskameras, die durch die Software aktiviert werden - an Eingängen zu Wohnhäusern, in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf den Straßen, so Darbinyan. Ähnliche Systeme gebe es auch in St. Petersburg und anderen Großstädten wie Nowosibirsk und Kasan, sagte er.

Er glaubt, dass die Behörden ein Netz von Kameras um das ganze Land herum aufbauen wollen. Das klingt nach einer gewaltigen Aufgabe, aber es gibt die Möglichkeiten und die Mittel dafür.

TOTALE DIGITALE ÜBERWACHUNG

Die Bemühungen Russlands werden oft mit China verglichen, wo die Behörden die digitale Überwachung in großem Umfang einsetzen. Chinesische Städte sind mit Millionen von Kameras überzogen, die Gesichter, Körperformen und den Gang der Menschen erkennen, um sie zu identifizieren. Sensible Personen werden routinemäßig überwacht, entweder durch Kameras oder über ihre Handys, E-Mails und Social-Media-Konten, um jede abweichende Meinung zu unterdrücken.

Der Kreml scheint einen ähnlichen Weg einschlagen zu wollen. Im November wies Putin die Regierung an, ein Online-Register der Wehrpflichtigen zu erstellen, nachdem bei der Mobilisierung von 300.000 Männern für den Kampf in der Ukraine festgestellt worden war, dass die Einberufungsunterlagen in großer Unordnung waren.

Das Register, das bis zum Herbst fertig sein soll, wird alle möglichen Daten erfassen, *"von Ambulanzen über Gerichte bis hin zu Finanzämtern und Wahlkommissionen"*, so **die politische Analystin Tatjana Stanowaja** in einem Kommentar für die Carnegie Endowment for International Peace.

Auf diese Weise können die Behörden Vorladungen elektronisch über eine Regierungswebsite zustellen, die für die Beantragung offizieller Dokumente wie Pässe oder Urkunden verwendet wird. Sobald eine Vorladung online erscheint, können die Empfänger Russland nicht mehr verlassen. Andere Beschränkungen - wie der Entzug des Führerscheins oder das Verbot, Eigentum zu kaufen oder zu verkaufen - werden verhängt, wenn sie der Vorladung nicht innerhalb von 20 Tagen nachkommen, unabhängig davon, ob sie sie gesehen haben oder nicht.

Stanowaja ist der Ansicht, dass sich diese Einschränkungen auf andere Aspekte des russischen Lebens ausweiten könnten und die Regierung "ein staatliches System der totalen digitalen Überwachung, des Zwangs und der Bestrafung aufbaut". Ein Gesetz vom Dezember schreibt vor, dass Taxi-Unternehmen ihre Datenbanken mit der Nachfolgebehörde des sowjetischen KGB teilen müssen, wodurch diese Zugang zu den Daten, Zielen und Zahlungen der Reisenden erhält.

"Der Cyber-Gulag, über den während der Pandemie aktiv gesprochen wurde, nimmt nun seine reale Gestalt an", schrieb Stanowaja.

—

Die Associated Press-Autoren Yuras Karmanau in Tallinn, Estland, und Joe McDonald in Peking haben dazu beigetragen.

E N D E